

Energiewende-Politiken und ihre soziale Wirkung

0. Energiewende

Der Moderne-Prozess der Urbanisierung hat zu einer erhöhten Nachfrage nach Energie geführt, insbesondere für Verkehr, Heizen, Kühlen und Elektrizität. Da die Bewohner von Städten ihre Energie nicht selber produzieren, sondern von Energieversorgern erhalten, sind ihnen häufig nicht mehr die Effekte ihres Energiekonsums bewusst.

Um diese Entwicklung umzukehren, wird in Europa seit etwa 20 Jahren Politik für eine Energiewende gemacht. Die wesentlichen Ziele der Energiewende sind die Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Ressourcen und die radikale Verringerung der CO²-Emissionen auf ca. 20% des heutigen Wertes. Global zukunftsfähig sind maximal 2 t/Kopf, aktuell sind es in Deutschland 11 t, in den Städten etwas weniger (9,8 t). Zur urbanen Lebensweise sind allerdings auch Emissionen außerhalb der Städte (z.B. Verkehr) hinzuzurechnen. Allein für den Bereich private Haushalte werden in Deutschland 2,3 t CO² pro Kopf/Jahr emittiert, das ist doppelt so viel wie der Gesamtwert für Delhi: Für Industrie, Handel, Verkehr und private Haushalte emittiert Delhi 1,1 t.

Die Energiewende wird mit drei Hauptzielen verfolgt, die mit dem in der Nachhaltigkeitsdebatte seit der UN-Konferenz von Rio de Janeiro 1992 zumindest auf dem Papier etablierten Strategien der Konsistenz, Effizienz und Suffizienz korrelieren:

Das erste Ziel ist der Wechsel zu erneuerbaren Energien. Dies führt zu mehr Konsistenz, d.h. zu mehr Verträglichkeit anthropogener mit natürlichen Kreisläufen. Das zweite Ziel ist die Verminderung der Energieverluste auf dem Weg von der Erzeugung zur Anwendung. Dies führt zu mehr Effizienz, zu einer Verbesserung des Output-Input-Verhältnisses, des Verhältnisses von Nutzenergie zu eingesetzter Energie. Diese muss nicht zwangsläufig aus erneuerbaren Quellen kommen, kann es aber. Das dritte Ziel ist Energieeinsparung durch ein verändertes Nutzerverhalten, also das Seinlassen einer Energienutzung, z.B. durch das Abschalten von Beleuchtung oder das Herunterregeln der Raumtemperatur. Dies ist gemeint mit Suffizienz, also eine Veränderung des Nutzerverhaltens in Richtung geringeren Konsums.

Soviel zu den grundsätzlichen Zielen der Energiewende. Im Folgenden werde ich zunächst die Methoden und die Ergebnisse städtischer Energiewende-Politiken in Deutschland und in Europa darstellen. Ich konzentriere mich dabei auf den Sektor der privaten Haushalte. Dies wird mich zu der Erkenntnis führen, dass es trotz multipler Ansätze bisher nur einen geringfügigen Rückgang der CO²-Emissionen gibt. Darauf aufbauend stelle ich die These auf, dass eine stärkere Energiewende mit sozialen Friktionen verbunden sein würde, die mit den bisher angewendeten Politiken grüner Staat und grüner Markt nicht zu lösen sein werden. Abschließend werde ich mich mit einigen alternativen Ansätzen kritisch auseinandersetzen.

1. Energiewendepolitik in deutschen und europäischen Städten

Viele Städte und Gemeinden in Deutschland, zumindest alle größeren Städte in Europa haben Energiekonzepte, zu denen Maßnahmen gehören, mit denen die drei Oberziele erneuerbare Energien, Energieeffizienz und sparsames Nutzerverhalten erreicht werden sollen. Beispielhaft und längst nicht erschöpfend:

Der Einsatz erneuerbarer Energien wie z.B. solare Warmwasserbereitung oder solare Stromerzeugung durch Fotovoltaik, soll erhöht werden durch finanzielle Förderprogramme, durch Vorschriften, durch den vorbildlichen Einsatz in städtischen

Gebäuden, durch Aufklärungskampagnen, durch Wettbewerbe und Auszeichnungen, durch Beratungsoffensiven, durch besondere Auflagen für Neubaugebiete.

Ähnliches gilt auch für mehr Energieeffizienz. Die energetische Sanierung von unisolierten Wohnungen z.B. oder der Austausch von alten Elektrogeräten wird bezuschusst, es gibt ebenfalls Aufklärungskampagnen. Für den Bau von neuen Gebäuden werden harte Vorschriften erlassen, für die eigenen städtischen Gebäude sowie bei der Beschaffung von Geräten setzen sich viele Städte ehrgeizige Ziele, die über die allgemeinen Vorschriften hinausgehen. Es gibt ein Monitoring über den Verbrauch in den eigenen Liegenschaften etc.

Doch nicht nur die technische Seite ist im Visier der Energiekonzepte. Sie beinhalten Aufklärungskampagnen, Stadtteilversammlungen und Werbebroschüren, um den Bürgern das Ziel eines bewussten Umgangs mit Energie näher zu bringen. Die Ziele sollen keineswegs nur von den städtischen Behörden selber verfolgt werden. Immer häufiger ist die Einbindung der Zivilgesellschaft, des bürgerschaftlichen Engagements integraler Bestandteil der Konzepte.

2. Energiewendepolitik und Wirtschaftsleistung

Wie erfolgreich sind europäische Städte mit ihren Bemühungen? In ihrem „European Green City Index“ (EGCI) untersuchte ein Team von Wissenschaftlern die umweltpolitische Performance ca. 30 großer europäischer Städte und bewerteten ihre Aktivitäten und Resultate auf einer Punkteskala bis 100. Für die Energiewende relevant sind die Kategorien CO², Energie, Gebäude und Verkehr mit folgenden quantitativen und qualitativen Indikatoren:

- CO²-Emissionen pro Kopf/ CO²-Emissionen pro GDP, die Ambitioniertheit der CO²-Minderungsstrategie
- Energieverbrauch pro Kopf/ Energieverbrauch pro GDP/ der Anteil EE/ die Qualität der Förderprogramme für EE und Effizienz
- Energieverbrauch von Gebäuden pro m²/ der Umfang von Vorschriften/ die Qualität der Fördermaßnahmen
- der Anteil der Verkehrsteilnehmer am Umweltverbund/ die Länge der Radwege und des ÖV-Netzes/ Fördermaßnahmen für den Umweltverbund/ Qualität der Maßnahmen zur Stau-Reduktion

Die Autoren kommen u.a. zu folgendem Ergebnis: Die umweltpolitische Performance ist um so besser, je größer die wirtschaftliche Leistung ist (figure X). Das zeigt sich klar für die 30 europäischen Städte. Für die deutschen Städte sieht das Bild etwas anders aus: Die Performance ist im Wesentlichen gleich, unabhängig von der Wirtschaftskraft. Dies liegt zum einen an einem hoch entwickelten Umweltbewusstsein in allen städtischen Verwaltungen: Alle deutschen Städte betreiben eine aufwendige Umweltpolitik. Das liegt zum anderen am hohen Anteil nationalstaatlicher Energiepolitik in Deutschland, die auf alle Städte gleich wirkt.

Dieses Ergebnis scheint die theoretische Erwartung der sogenannten environmental cuznets curve zu bestätigen: Demnach steigen die Umweltprobleme zunächst mit der Wirtschaftsleistung an, ab einem bestimmten Wohlstandsniveau nehmen sie jedoch wieder ab. (figure X)

3. CO²-Emissionen und Wirtschaftsleistung

Ganz anders sieht die Welt aus, wenn wir uns den Zusammenhang von CO²-Emissionen und Wirtschaftskraft ansehen: Zu erwarten wäre eine abnehmende Tendenz mit steigendem BIP. Auf Basis der gleichen Daten des EGCI ergibt sich jedoch genau das umgekehrte Bild: Je höher des BIP, desto mehr CO²-Emissionen! (figure X) Der Zusammenhang ist nicht völlig eindeutig, aber es ist eine Tendenz zu erkennen. Es gibt ein paar Ausreißer, etwa Oslo oder Stockholm. Diese beiden Städte verfolgen sicher eine vielfältige und ambitionierte Energiewende-Politik. Ihr besonders niedriger Verbrauch erklärt sich jedoch aus anderen Faktoren: Stockholm

hat praktisch keine Schwerindustrie, und die Stadt konnte ein bestehendes Fernwärme-Heizsystem ausbauen, welches vorwiegend regenerative Quellen nutzt. Oslos gesamter Energieverbrauch für Wärme und Strom Energie wird traditionellerweise zu einem in Europa einmalig hohem Anteil (64%) aus Wasserkraft gedeckt. Bei den deutschen Städten finden wir die gleiche Beziehung zwischen CO²-Emission und BIP (figure X). Auch hier gibt es mit Bremen einen Ausreißer, der aber erklärbar ist: Die Stadt ist relativ klein und 48% ihres Energieverbrauchs geht auf das Konto eines Stahlwerks. Ohne dieses lägen die CO²-Emissionen der Stadt passend in der Tendenz. Betrachten wir die CO²-Emissionen und die umweltpolitische Performance in ihrem Verhältnis zum BIP, kann man sagen: Je größer die Wirtschaftsleistung, desto mehr Umweltpolitik wird gemacht, aber sie ist nicht erfolgreich, zumindest nicht beim Ziel der Minderung von CO²-Emissionen. Offensichtlich ist der Zusammenhang zwischen Wohlstand und CO²-Emission dominanter. Das ist zumindest die Momentaufnahme. In der Analyse deutscher Städte im „German Green City Index“ (GGCI) wird dies – etwas verklausoliert – an einer Stelle auch ausgesprochen: „Deutsche Städte zeigen Schwächen bei den tatsächlichen Verbrauchswerten und Infrastrukturen.“ Weiter unten heißt es dann: „Umweltrichtlinien tragen entscheidend zu den guten Ergebnissen der deutschen Städte bei.“¹

4. Tendenz der letzten 15 Jahre

Die aktuelle Bilanz zeigt also keine guten Ergebnisse für eine Energiewende, auch wenn viele umweltpolitische Aktivitäten existieren. Aber wie ist die Entwicklung? Sind vielleicht in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht worden? Sehen wir uns dafür Daten aus Deutschland an:² Der Gesamtenergieverbrauch pro Kopf in allen Sektoren (also Industrie, Dienstleistung, Verkehr und private Haushalte) stagniert faktisch, während die Gesamt-CO²-Emissionen pro Kopf um etwa 10 % zurückgegangen sind (figure X). Ein ähnliches Bild zeigt sich im Sektor private Haushalte, auf den ich mich im Folgenden konzentrieren möchte. Der Energieverbrauch für Raumwärme ist zwar pro Quadratmeter Wohnfläche zurückgegangen, nicht oder nur wenig jedoch pro Kopf (figure X). Die Effizienz ist größer geworden, das Einsparungsziel ist jedoch konterkariert worden durch die Erhöhung der Wohnfläche pro Kopf um etwa 20%. In der Ökonomie spricht man von einem Rebound-Effekt. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Anwendungen für Strom (figure X): Der Energieverbrauch ist hier sogar gestiegen, warmes Wasser wird allerdings etwas weniger verbraucht. Die Entwicklung bei den durch private Haushalte verursachten CO²-Emissionen zeigt Anstiege bei den Elektrogeräten (figure X). Obwohl sie effizienter werden und obwohl die Stromerzeugung mit mehr Erneuerbaren Energien erfolgt, steigen die Emissionen durch den höheren Gebrauch dieser Geräte. Leichte Rückgänge sind zu verzeichnen beim CO²-Ausstoß pro Kopf durch Raumheizung. Hier sind die Effizienzgewinne durch Isolierung und neue Heizungen stärker als der Anstieg der Wohnfläche, so dass sich eine Reduzierung von etwa 10% ergibt. Da Raumwärme etwa um den Faktor fünf mehr Energie verbraucht als die Elektrogeräte, ist die Gesamtbilanz ebenfalls leicht rückgängig.

5. Zwischenfazit:

Soviel zu den Zahlen. Als Zwischenfazit kann festgehalten werden: Die Energiewende wird in Deutschland seit 15 Jahren politisch versucht, kann aber bisher höchstens kleine Anfangserfolge vorweisen. Die bisherige Reduktion von ca. 10% basiert auf den beiden rein technischen Strategien eines Wechsels zu

¹ Economist Intelligence Unit 2011: German Green City Index, P. 13

² Federal Environmental Authority (ed.) 2011: Energy efficiency in figures. (In German: Umweltbundesamt (Hrsg.) 2011: Energieeffizienz in Daten

erneuerbaren Quellen und mehr Energieeffizienz. Bei der Strategie der Verhaltensänderung gibt es bis jetzt keine Fortschritte.

6. These:

Meine These ist: Eine deutliche Energiewende wird mit großen sozialen Problemen verbunden sein. Es droht eine Verschärfung von sozialer Ungleichheit, vor allem von Einkommensungleichheit. Die gegenwärtige Mehrheitspolitik will oder kann darauf bisher nicht reagieren, steht doch ein für die bisherige Regulation kapitalistischer Gesellschaften wesentlicher Befriedigungsmechanismus zur Disposition: Billige Energie und billige natürliche Ressourcen machten im Norden die Ungleichverteilung von Einkommen erträglich.

7. Soziale Probleme schon zu Beginn der Energiewende

Schon bei der Reduktion um 10% CO² sind soziale Probleme sichtbar. Dies zeigt die Preisentwicklung für Energie im Bereich privater Haushalte: Die Preise für Strom sind in den letzten 10 Jahren um 50% gestiegen, bei Gas für Raumwärme um 100%. Bei Gas liegt dies an steigenden Weltmarktpreisen, die Steuer macht nur wenig aus (27%). Bei Strom ist der Steuer-Anteil höher (47%) (figure X). Die Steuern setzen sich zusammen aus Umsatzsteuer, Konzessionsabgabe, einer Umlage für die Erneuerbaren Energien und Ökosteuern, die vor ca. 10 Jahren eingeführt wurde. Faktisch wirken aber alle diese Abgaben als Ökosteuern, sind sie doch abhängig von der verbrauchten Menge. Politiker scheuen sich, diese Abgaben anzuheben, um eine Energiewende zu beschleunigen. Sie müssen mit dem Protest der Mehrheit der Bevölkerung rechnen.

In wie weit sind die bisherigen Politiken für eine Energiewende in Deutschland und in Europa mit sozialen Problemen verbunden? Ich werde zur Beantwortung dieser Frage zwei Grundideen der Energiewendepolitik unterscheiden, den grünen Markt und den grünen Staat. Anhand von Beispielen werde ich abschätzen, welche sozialen Folgen sie jeweils auslösen, insbesondere welche Wirkung sie auf die Einkommensverteilung haben.

8. Grüner Markt:

Die Methode grüner Markt besteht darin, den Wandel hin zu ressourcenarmen Energietechnologien durch positive und negative ökonomische Anreize zu steuern. Dies kann bei den Unternehmen oder bei den Endverbrauchern ansetzen.

Ein erstes Beispiel ist das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) in Deutschland. Es garantiert dem Betreiber einer Anlage zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen eine festgelegte Vergütung durch das Energieversorgungsunternehmen, welches das Netz betreibt. Diese Vergütung liegt über dem Marktpreis für Stromerzeugung, in Deutschland etwa 5 Ct/kWh (figure X) Die Differenz zum Marktpreis jedoch bezahlen nicht die Energieversorgungsunternehmen, sondern alle Verbraucher: Die Energieversorgungsunternehmen bekommen ihre Mehrkosten erstattet aus einem Fond, der durch einen Aufschlag auf den Strompreis gespeist wird (figure X). Mit dem Ausbau erneuerbarer Energien steigt dieser Aufschlag. Er betrug im Jahr 2011 3,5 Ct/kWh, das sind 15% des Strompreises (figure X). Aktuell haben wir in Deutschland 18 % Strom aus erneuerbaren Quellen. Je mehr in Zukunft in Strom aus erneuerbaren Energien investiert wird, desto höher wird diese Umlage werden, auch wenn der Anstieg nicht linear sein wird. Die Industrie ist weitgehend davon befreit. Faktisch ist es so, dass jeder Privatkonsument, vom Säugling bis zum Greis, von Arm bis Reich, diese garantierten Gewinne der privaten Investoren in EE finanziert.

Ein zweites Beispiel ist die Energiesteuer. Auf den Verbrauch von Strom, Gas, Heizöl und Kraftstoffen wird für den Endkonsumenten eine Steuer erhoben, etwa in Höhe von 5-10% des Preises (figure X). Sie gilt auch für Unternehmen, diese erhalten

allerdings großzügige Ausnahmen. Die Einnahmen (etwa 20 Mrd €/Jahr) gehen zu 90% in die öffentliche Rentenkasse. In Deutschland wird die öffentliche Rente zu gleichen Anteilen von Unternehmen und Arbeitnehmern bezahlt. Sie beide sparen durch diese Ökosteuern etwa 10% ihrer monatlichen Rentenbeiträge ein. Wer keinen sozialversicherungspflichtigen Job hat, wie z.B. prekär Beschäftigte, Freiberufler, Studenten, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, profitiert nicht von der Rückzahlung, muss aber als Konsument genauso die Steuer bezahlen.

Ein drittes Beispiel ist das Marktanreizprogramm Erneuerbare Energien. Wer Anlagen wie z.B. thermische Solaranlagen, Wärmepumpe, Biomasse-Heizungen etc. baut, bekommt einen Investitionszuschuss (Programmvolume 2010: 380 Mio €) vom Staat. Dieser wird allerdings, anders als bei den beiden ersten Beispielen, aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert.

Diese Zuschüsse gibt es auch für die Sanierung von Wohnraum. Der Besitzer bekommt günstige Kredite oder direkte Zuschüsse bis zu 17,5% der Investitionssumme, in Abhängigkeit von der Energieeffizienz der Sanierung. Damit soll die Rate der Modernisierung von Wohngebäuden erhöht werden. Normalerweise werden 1% der Wohngebäude pro Jahr modernisiert, durch das Programm erwartet der Staat eine Erhöhung dieser Rate auf 2,5%. Der energetischen Modernisierung folgt eine Mieterhöhung. Der Vermieter hat das Recht, die Miete um 11% seiner Investitionskosten zu erhöhen. Diese Erhöhung wird in den meisten Fällen nicht gedeckt durch die Verringerung der Energiekosten. Dies haben verschiedene Berechnungen bewiesen. Die Mieter können häufig höchstens zur Hälfte die Erhöhung der Miete durch niedrigere Energiekosten kompensieren. Faktisch bedeutet dies eine Mieterhöhung, was zum Beispiel in Berlin große Probleme und Widerstand hervorruft. Durch die Erhöhung der Mieten werden ärmere Bewohner aus alten Stadtvierteln, die modernisiert werden, vertrieben. In der Stadtforschung wird dies Gentrifizierung genannt.

Die Methode grüner Markt hat sich in viele europäische Länder verbreitet. Es gibt in fast allen europäischen Ländern inzwischen ähnliche Gesetze wie das EEG.

9. Grüner Staat

Die Methodik des grünen Staats besteht in Gesetzen, Vorschriften und Regulierungen für den Umgang mit Energie. Der sparsame Gebrauch von Energie wird nicht wie beim grünen Markt gefördert, sondern es wird gefordert: Es ist vorgeschrieben, es kann überprüft und erzwungen werden. Die Vorschriften beziehen sich auf Energieeffizienz und auf den Wechsel zu erneuerbaren Quellen.

Ein erstes Beispiel ist die ENEC (Energieeinsparverordnung). Sie setzt Maximalgrenzen für den Verbrauch von Primärenergie für die Beheizung von Wohnungen. Für Neubauten gibt es relativ strenge Vorschriften. Sie dürfen nur noch – je nach Gebäudeform – 60-100 kWh/m² verbrauchen, das ist nur noch ein Drittel des Durchschnittsverbrauchs der Altbauten (ca. 200 kWh/m² Jahr). Wie die Bauherren auf den Wert kommen, bleibt ihnen weitgehend selbst überlassen. Es gibt zwar einige Pflichten: Sie müssen zum Beispiel 15% der Wärme über erneuerbare Techniken (Solarthermie/ Wärmepumpen) oder Effizienz-Techniken (Kraft-Wärme-Kopplung) erzeugen, es gibt jedoch auch die Möglichkeit, statt Einsatz dieser Techniken den Zielwert um 15% zu unterschreiten, etwa durch verbesserte Dämmung. Für Altbauten gibt es nur wenig Vorschriften. Es muss z.B. die oberste Geschossdecke gedämmt werden. Dies ist relativ leicht möglich, weil sie frei zugänglich ist. Maßnahmen, die eine hohe Investition erfordern, z.B. die nachträgliche Dämmung der Außenwände oder der Austausch der Fenster, sind für Altbauten nicht vorgeschrieben.

Ein weiteres Beispiel ist die BImSchV (Bundesimmissionsschutzverordnung). Danach darf der Energieverlust von Heizkesseln nicht über 9-11% liegen, in Abhängigkeit von der Größe. Andernfalls müssen sie ausgetauscht werden. Diese schlechten Werte

haben in der Regel jedoch nur alte, über 20 Jahre alte Heizkessel, die ohnehin aus Altersgründen ersetzt werden müssen. Ganz ähnlich ist es mit alten elektrisch betriebenen Nachtspeicheröfen, die sehr viel Primärenergie verbrauchen. Sie müssen ausgetauscht werden, aber erst ab einem Alter von 30 Jahren und erst nach 2019! Die Vorschriften zur Sanierung von Gebäuden sind so gemacht, dass sie den Hausbesitzer - und damit auch die Mieter - nicht zu teuren und unwirtschaftlichen Sanierungen zwingen.

Ein drittes Beispiel ist das Verbot von Glühlampen auf Basis der EU-Ökodesign-Richtlinie. Sie dürfen ab einer bestimmten Leistung (60W) nicht mehr verkauft werden, für die kleineren Leistungen folgt das Verbot später. Solche direkten Verbote für Elektroanwendungen mit schlechter Effizienz und hohem Verbrauch sind aber selten. Die Hersteller großer Elektrogeräte (wie z.B. Kühlschränke) sind lediglich verpflichtet, den Verbrauch ihrer Geräte zu labeln, so dass der Konsument den Verbrauch erkennen kann. Diese Label von A bis G sind jedoch teilweise sehr irreführend, da sich ihre Berechnung auf z.T. 25 Jahre alte Durchschnittswerte bezieht. So bekommen heute 98% der Kühlschränke das Label A. Ein Gerät mit überdurchschnittlichem Energieverbrauch erhält daher noch die Bezeichnung A+ (die besten bekommen A+++). Hier haben die Hersteller erfolgreich eine deutlichere Kennzeichnung verhindert.

Die weitere Umsetzung der EU-Ökodesign-Richtlinie ist so geplant, dass die Hersteller Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz dokumentieren müssen. Ein Verbot für bestimmte Geräte mit zu hohem Verbrauch ist jedoch in den wenigsten Fällen anvisiert. Auch hier ist der Einfluss der Hersteller auf die Umsetzung deutlich. Sie wollen nicht allzu sehr eingeschränkt werden.

10. Aporien des Green New Deal

Eine enorme Ausweitung der Strategien grüner Markt und grüner Staat ist Bestandteil der Politikstrategie des Green New Deal, wie ihn nicht nur die Partei DIE GRÜNEN, sondern auch UN-Institutionen, NGOs und eine zunehmende Zahl von Ökonomen und Umweltforschern propagieren.³ Der Green New Deal hat den Anspruch, die wirtschaftliche und ökologische Krise integriert zu beantworten. Die Kernidee besteht darin, einen staatlich gestützten Innovations- und Investitionsschub bei grünen Technologien auf einem grünen Markt zu erreichen. Das dadurch induzierte wirtschaftliche Wachstum soll gleichzeitig ökologischer Fortschritt sein, da mit den neuen Technologien weniger Umwelt verbraucht und geschädigt werde. Die sprachliche Anlehnung an das historische Vorbild des New Deal verleiht dem Green New Deal den Spirit von intelligenter Transformation und Machbarkeit innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Der New Deal, der von Präsident Roosevelt in den 1930er Jahren begonnen wurde und sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges weiterentwickelte, bestand ebenfalls in einem staatlich gestützten Investitionsprogramm in Infrastruktur, damals waren das z.B. Eisenbahnen und Bildung. In der Retrospektive lässt sich feststellen, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem erst dadurch aus seinen strukturellen Problemen der Kapitalverwertung, ausgedrückt in der tiefen Depression Anfang der 1930er Jahre, herauskommen konnte.

Die beiden Kernstrategien des Green New Deals, grüner Markt und grüner Staat, befinden sich jedoch in einem Dilemma: Sind die Steuern und Umlagen zu niedrig, bewirken sie wenig an ökologischer Steuerung. Sind sie zu hoch, werden sie unsozial. Das gleiche gilt für die Vorschriften: Sind sie zu lasch, bewirken sie relativ wenig. Sind sie hoch, zwingen sie ärmere Bevölkerungsschichten zu teuren Sanierungen. Der Green New Deal erfordert zwingend massive Investitionen in die Energiewende, die früher oder später von der Masse der Bevölkerung gezahlt werden müssen. Diese Mehrkosten sollen kompensiert werden durch neue

³ New Economics Foundation ((Ed.) 2008: "A Green New Deal". London

Arbeitsplätze und höhere Einkommen. Ob aber diese Arbeitsplatzeffekte überhaupt auftreten und ob eine solche Wachstumsstrategie auch ökologisch dauerhaft vorteilhaft ist, muss kritisch hinterfragt werden.

11. Alternativen:

Es gibt ein paar Vorschläge, wie die Steigerung sozialer Ungleichheit durch steigende Energiepreise abgemildert oder verhindert werden kann.

Eine erste Idee besteht darin, Sozialtarife einzuführen. Wessen Einkommen unterhalb einer Grenze liegt, der bekommt eine Basismenge Strom oder Wärme kostenlos. Einige Energieversorger machen dies exemplarisch bereits heute für eine begrenzte Anzahl von Kunden, die Sozialhilfe beziehen. Es gibt auch bereits in einigen Städten Sozialtickets für den öffentlichen Verkehr, die für einen niedrigen Preis abgegeben werden. Mit dem Prinzip verbilligter Sozialtarife verbinden sich jedoch einige Probleme: Erstens ist die Frage der Finanzierung nicht gelöst. Bisher werden Sozialtarife in geringem Umfang angeboten. Wenn dieses Prinzip flächendeckend eingeführt werden soll, muss geklärt werden, wer zahlt: Die anderen Verbraucher, die verschuldeten Kommunen, soll es Steuererhöhungen geben? Zweitens bedeutet es einen hohen administrativen Aufwand für die Kommune, für die die Berechtigten und für die Anbieter der Energie-Dienstleistung. Es müssen Einkommensnachweise geprüft werden etc. Drittens bedeutet die Beantragung eines Armen-Tarifs eine soziale Stigmatisierung. Das führt dazu, dass viele ihr Recht aus Scham nicht annehmen. Viertens gibt es ein Abgrenzungsproblem, welches ein Gerechtigkeitsproblem darstellt. Unterhalb einer Grenze gibt es eine Berechtigung für den Vorteilspreis oder die kostenlose Lieferung. Wer nur einen Euro mehr verdient, bekommt den Vorteil nicht mehr.

Eine ähnliche Idee ist die Energieberatung für Einkommensschwache. Auch dies wird bereits durchgeführt. Sozialhilfebeziehern bekommen Besuch bei sich zu Hause und werden von einem Energieberater kostenlos über Einsparmöglichkeiten informiert. Diese Beratung zielt wesentlich auf genügsameres Nutzerverhalten, die Suffizienz. Andere Strategien wie eine Investition in erneuerbare Energien oder der Kauf effizienterer Geräte können sich gerade die Armen nicht leisten. Das Problem hierbei ist, dass von den ärmeren Schichten der Gesellschaft eine besondere Veraltensänderung in Richtung sparsamer Verbrauch erwartet wird. Möglicherweise droht auch auf dieser Basis eine geringere Berücksichtigung ihrer Energiekosten bei der Berechnung der Sozialhilfe-Sätze. Die Energieberatung speziell für Arme stellt ebenfalls eine Stigmatisierung dar.

Eine zweite Idee sind die green commons. Die Grundidee besteht darin, selbstbestimmte Energie-Produktionsverhältnisse zu schaffen. Das kann im Rahmen einer Genossenschaft geschehen. Das kann aber auch die Rückführung von privatisierten Energiedienstleistungen in den Besitz von Kommunen und Städten bedeuten. Eine solche Bewegung für eine Rekommunalisierung gibt es z.B. in Deutschland. Die beteiligten Mitglieder bzw. die Bürger werden sich – so die Hoffnung – respektvoll gegenüber der Natur verhalten, indem sie ihre Energie behutsam aus lokal verfügbaren erneuerbaren Quellen wie Wind, Sonne, Biomasse, evtl. lokale Wasserkraft u.a. erzeugen. Ihre Strategie der Energieproduktion werden sie in einem partizipativen, basisdemokratischen Prozess planen, unabhängig von Verwertungsgesichtspunkten. Die Verteilung und den Verkauf der Energie werden sie deshalb auch in einer sozial gerechten Weise vornehmen. Aber auch mit gemeinschaftlicher Produktion und Distribution ist das Problem der Verteuerung von Energie nicht weg. Zwar ist der Profitdruck nicht vorhanden. Aber auch Genossenschaften müssen in teure Effizienztechniken und Erneuerbare Energien investieren, was sich auf den Energiepreis auswirkt. Einige erste Beispiele aus Deutschland zeigen, dass die Energiepreise von Genossenschaften und Stadtwerken nicht geringer sind als von Konzernen. Auch nicht-profitorientierte

Genossenschaften sind also mit dem Problem der Verschärfung sozialer Ungleichheit durch ihre Energiewendepolitik konfrontiert. Vielleicht haben sie aber eine größere Motivation, für dieses Problem Lösungen zu finden.

Eine dritte Idee ist ein Basis-Progressiv Tarif. Eine Basismenge Energie ist für jeden Bürger frei. Darüber hinaus gehende Verbräuche, d.h. „Luxus-Verbräuche“ werden für die Finanzierung dieser Basis-Freimenge versteuert. Der Preis pro Energieeinheit steigt dadurch, Investitionen in Effizienz als auch Verhaltensänderungen lohnen sich mehr. Erste Berechnungen haben ergeben, dass ärmere und kinderreiche Familien von dieser Tarifstruktur profitieren: Sie erhalten mehr zurück in Form der Basisfreimenge als sie bezahlen müssen in Form der erhöhten Preis für den „Luxus-Verbrauch. Eine Konkretion dieser Idee gibt es bereits: Die Stadt Basel erhebt eine sogenannte „Lenkungsabgabe Strom“ und zahlt über die Energierechnung die Einnahmen an alle Bürger gleichmäßig pro Kopf aus, etwa 60€/Jahr. Es funktioniert unbürokratisch.

Der Charme des Modells liegt darin, dass es Umverteilung und ökologische Steuerung verbindet, ohne eine Diskriminierung, ohne eine problematische Grenzziehung der Anspruchsberechtigten und ohne eine Erhöhung von Bürokratie. Es ist zudem eine Lösung ohne tiefere staatliche Vorschriften über den richtigen Konsum. Es bleibt dem einzelnen überlassen, was er konsumiert – nur bekommt er schärfere Obergrenzen in Form monetärer Restriktionen. Das Prinzip wäre so etwas wie die Kombination aus green market, green state und green common. Das Element des grünen Marktes, eine Ökosteuer wird verbunden mit einer sozialstaatlichen Umverteilung, das Element des green common ist zumindest partiell eingeführt mit der Basisfreimenge Energie.

Das Modell wird auch unter der Bezeichnung „Öko-Bonus“ oder „Ökologisches Grundeinkommen“ in die Diskussion gebracht. Es ist allerdings in der Politik und der Wissenschaft noch eher randständig.⁴ Das Prinzip der Pro-Kopf-Ausschüttung von Ökosteuern eignet sich aber nicht nur für den Einsatz bei der Energieversorgung von Städten. Es würde sich hervorragend auch in der internationalen Klimapolitik anwenden lassen.⁵ Ärmere Länder aus dem Süden würden dann wegen ihrem geringerem Verbrauch und ihrer höheren Einwohnerzahl finanziell profitieren. Ein globales Klimaabkommen mit diesem Prinzip sozialen Ausgleichs könnte Bewegung in die festgefahrene Klimadiplomatie bringen.

⁴ von Peter Barnes wird es in Form der Idee eines Sky Trustes in die Diskussion gebracht: Barnes, Peter 2008: Capitalism 3.0. A Guide to Reclaiming the Commons. San Francisco 2006

⁵ Dies vertritt z.B. Felix Ekardt in: Social Justice in Climate Policy (In German: Soziale Gerechtigkeit in der Klimapolitik, Düsseldorf 2010)